

**KONZENTRIERTE FASSUNG FUER VORTRAG VOM
DONNERSTAGNACHMITTAG, DEN 26.8.1993**

ERGEBNISSE DES UNO-SEMINARS

1. Ausgangslage und Zweck des Seminars

1991 kam die Arbeitsgruppe der Botschafterkonferenz zum Schluss, dass nach dem Golfkrieg die Entwicklung der UNO mit gemässigtem Optimismus betrachtet werden könne, dass ein Beitritt der Schweiz indessen nicht zu aktualisieren sei, ihr Beitrag aber primär in den Bereichen peace keeping und humanitäre Hilfe verstärkt und Genf durch den Bund finanziell angemessen unterstützt werden soll. Das Ziel des Seminars der Botschafterkonferenz 1993 besteht in der Ueberprüfung und allfälligen Aenderung von Analyse und Empfehlungen aus dem Jahre 1991.

2. Perspektiven der UNO

Bedingt durch die grossen Umbrüche im internationalen Staatengefüge der letzten Jahre befindet sich die UNO ihrerseits in einer Uebergangsphase. Dank dem Wegfall der globalen Bipolarität handlungsfähig geworden, mit Aufgaben überhäuft und überfordert, im Spannungsfeld zwischen Staatensouveränität und globalen Ordnungsansätzen, ist sie fast zwangsläufig in Turbulenzen geraten, die zur Zeit keine eindeutigen Perspektiven zulassen. Das gegenwärtige Bild von positiven Entwicklungen wie bsp. erfolgreiche friedenserhaltende Operationen in Namibia und Kambodscha, erfolgreiche Ansätze wie in Haiti, Salvador und Georgien, Leidensminderung durch humanitäre Hilfe aber auch unterstützungswürdige Reformansätze einerseits, negativen Erscheinungen wie Ungleichgewicht im sicherheits- und entwicklungspolitischen Engagement, finanzielle und administrative Notstände, fragwürdige Interventionen und Instrumentalisierung durch die USA verbunden mit Parteilichkeitsvorwürfen andererseits erscheint konjunktureller Natur.

- 2 -

Das Hin und Her von Zwischenhochs und Rückschlägen ist Ausdruck eines Ueberdenkens von Auftrag, Methoden und Mitteleinsatz, der Suche des richtigen Weges. Insgesamt werden die UNO und ihre Perspektiven heute kritischer beurteilt als 1991. Vieles wird in Zukunft von der Entwicklung Russlands und Chinas, beide zur Zeit durch innere Konsolidierungsanstrengungen absorbiert, abhängen. Die zunehmende Frustration der Entwicklungsländer, die Haltbarkeit des gemeinsamen Nenners der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates und die Frage seiner Restrukturierung bilden weitere Destabilisierungsgefahren. Dieser Befund kann indessen die Tatsache nicht beseitigen, dass es zur UNO und ihren globalen Friedensbemühungen nach wie vor keine Alternative gibt. Sie bleibt ein Hoffnungsträger in einer unruhigen Periode.

3. Folgerungen für die schweizerische UNO-Politik

Was die Beitrittsproblematik anbetrifft, so fehlt es zur Zeit sowohl an Führung wie an Dialog. Empfohlen wird dem Bundesrat eine etwas mutigere Haltung und Risikobereitschaft in der Erkenntnis, dass mit unserem politischen System der richtige Zeitpunkt für eine Volksabstimmung ohnehin nicht zu bestimmen sein wird und das Schadenausmass einer allfälligen Abstimmungsniederlage auch nicht allzu sehr dramatisiert werden sollte. Um dieses Risiko indessen möglichst klein zu halten, wird dringend zu einer Information des Volkes geraten, die jeglichen Eindruck der Indoktrinierung vermeidet und den Dialog führt auf einer vernünftigen, allgemeinverständlichen Basis ohne Umgehung heikler Probleme wie desjenigen der Neutralität. Ferner soll unmissverständlich klargelegt werden, dass ein Beitritt zur UNO kein Ersatz für die Priorität Europa sein kann.

Aufgrund dieser Erwägungen soll mit den verwaltungsinternen Vorarbeiten und der Ausarbeitung eines professionellen Informationskonzepts für eine zweite Volksabstimmung nicht mehr zugewartet werden. Diese Vorarbeiten können parallel zur Blauhelmkampagne, deren rascher und offensiver Durchführung zugestimmt wird, an die Hand genommen werden. Der Ausgang des Blauhelmreferendums sollte nicht als Präjudiz für die Beitrittsfrage dargestellt werden.

- 3 -

Die Frage des UNO-Beitritts soll in die neuen Regierungsrichtlinien aufgenommen werden, damit das Thema allenfalls vom neugewählten Parlament in der Wintersession 1994/95 aufgenommen werden kann.

Schliesslich wird der Besorgnis über die zunehmende Konkurrenzierung, Infragestellung und abnehmende Unterstützung Genfs Ausdruck verliehen. Mehr denn je entspricht die Verteidigung Genfs als europäischer UNO-Sitz, die Anpassung von dessen Infrastruktur und ein gezielter Ausbau gemäss den heutigen Bedürfnissen des UNO-Systems einer wichtigen Aufgabe unserer Aussenpolitik. Dafür sind die erforderlichen Mittel auch vom Bund aufzubringen und insbesondere die beabsichtigten Kürzungen zulasten der FIPOI abzulehnen.

